



Mecklenburg-
Vorpommern



Sachsen-Anhalt



Berlin

Gemeinsam für einen starken Osten – gemeinsam die Hoffnung organisieren

**Gemeinsame Erklärung von Simone Oldenburg, Eva von Angern und Elif Eralp,
Spitzenkandidatinnen der Linken in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und
Berlin zu den Wahlen 2026**

Wir treten in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin mit unserer gemeinsamen Überzeugung an. Die Menschen, die das Land jeden Tag am Laufen halten, verdienen mehr:

- mehr soziale Sicherheit,
- mehr Respekt,
- mehr Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe,
- mehr sozialen Zusammenhalt.

Sie verdienen ein gerechtes Leben. Eine Politik, die schützt, stärkt und zusammenführt – statt Menschen gegeneinander auszuspielen.

Unsere drei Bundesländer sind unterschiedlich. Aber die Probleme, die die Menschen bewegen, sind dieselben:

- steigende Preise und Mieten,
- zu niedrige Löhne, Personalmangel in Bildung, Pflege und Gesundheit,
- marode Infrastruktur und Kommunen, denen das Geld fehlt.

Gleichzeitig wächst der Druck von rechts. Die AfD versucht, Ängste in Hass zu verwandeln und Menschen gegeneinander auszuspielen.

Wir werden den Menschen in unseren Bundesländern nicht den Hetzern und Feinden der Demokratie überlassen. Die Linke ist die soziale Alternative zum Rechtsruck.

Den Osten stärken

Mehr als 35 Jahre nach der Deutschen Einheit ist es höchste Zeit für einen politischen Kurswechsel: Für gute und tarifgebundene Arbeit, für gleiche Löhne und gute Renten, für sichere Industriearbeitsplätze und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Investitionen müssen dorthin fließen, wo die Menschen sind – für Schulen und Kitas, für die Krankenhäuser und Pflege, für das Ehrenamt, für Bus und Bahn, für bezahlbares Wohnen und für starke Kommunen.

Die Bundesländer sind in der Pflicht: Wir stellen uns als Landespolitikerinnen dem Sozialabbau der Bundesregierung geschlossen entgegen. Gerade Ostdeutschland zeigt, wie wichtig eine verlässliche gesetzliche Rente und Pflegeversicherung ist: 75 Prozent der Menschen sind im Alter allein auf die gesetzliche Rente angewiesen – im Westen sind es 52 Prozent.

Unsere Länder brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung. Nur mit der Abschaffung der Schuldenbremse und der Einführung einer Vermögenssteuer sind die vielfältigen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen zu meistern. Nur so kann auch die öffentliche Infrastruktur vom Abstellgleis geholt werden. Gerade der Osten braucht eine aktive Industrie- und Strukturpolitik, die Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze sichert, statt Regionen dem Wettbewerb um den billigsten Standort zu überlassen.

Wir wollen lebenswerte Bundesländer, in denen junge Menschen bleiben können, weil sie hier Ausbildung, Arbeit, Wohnungen und gute Zukunftsperspektiven finden. Und wir wollen, dass der ländliche Raum genauso selbstverständlich zum Versprechen sozialer Sicherheit gehört wie die großen Städte.

Unsere gemeinsamen Vorhaben für ein gutes und bezahlbares Leben in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

- öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen,
- höhere Vergabe-Mindestlöhne
- mehr Tarifbindung und stärkere Mitbestimmung,
- gleiche Bezahlung unabhängig davon, ob Menschen in Berlin, Magdeburg oder Schwerin arbeiten,
- gemeinsamer Druck auf den Bund für eine tatsächliche Angleichung der Lebensverhältnisse.

2. Sichere gesetzliche Rente statt Sozialabbau

- Gesetzliche Rente stärken – statt privater Vorsorge und Finanzkonzerne,
- Rentenniveau anheben – für einen würdevollen Lebensabend ohne Altersarmut,
- alle zahlen ein– auch Abgeordnete, Selbstständige und Beamte,
- im Bundesrat die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren erhalten.

3. Das Recht auf ein bezahlbares und sicheres Zuhause

- Schutz vor überhöhten und illegalen Mieten,
- mehr kommunaler und öffentlicher Wohnungsbau,
- Stärkung öffentlicher und gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen,
- Schutz vor Zwangsräumungen und Wohnungsverlust,
- Sanierung und Modernisierung ohne Verdrängung.

4. Eine Bildungsgarantie für alle Kinder

- gute und wohnortnahe Kitas und Schulen,
- kleinere Kita-Gruppen,
- zusätzliche Lehrer:innen, Erzieher:innen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie multiprofessionelle Teams für ein längeres und inklusives gemeinsames Lernen und für eine bessere Förderung,
- gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Berufsabschluss,

- gutes und gesundes Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung,
- Investitionen in moderne inklusive Schulgebäude.

5. Mobilität für alle

- stärkere Zusammenarbeit der drei Länder beim Schienenverkehr,
- Bundesratsinitiativen für die Wiedereinführung des 9€-Tickets,
- ein kostenloses Landesticket für alle bis zum 21. Lebensjahr,
- ein Senioren- und Azubiticket in allen Bundesländern,
- langfristig ticketfreier ÖPNV.

6. Schutz der Demokratie und gegen Rechts

- den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag einführen,
- dauerhafte Finanzierung antifaschistischer und demokratischer Initiativen sowie migrantischer Selbstorganisationen,
- Schutz von Beratungsstellen und Opferhilfe,
- Unterstützung von Jugendklubs, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Strukturen,
- politische Mitbestimmung und Teilhabe von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte stärken sowie konsequente Antidiskriminierungsgesetze etablieren,
- klare politische und gesellschaftliche Isolation der AfD, keine Zusammenarbeit und keine Normalisierung.

Gemeinsam die Hoffnung organisieren

Soziale Sicherheit ist für uns die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Die AfD hingegen spaltet. Sie lebt davon, Menschen mit wenig Einkommen gegen Menschen ohne deutschen Pass, Ost gegen West, Stadt gegen Land auszuspielen. Dem setzen wir Solidarität entgegen. Soziale Sicherheit entsteht durch Zusammenhalt, nicht durch Gegeneinander.

Wo Die Linke ist, haben Hass, Neid und Hetze keinen Platz. Jede Stimme für Die Linke ist eine Stimme für die Demokratie und eine Stimme gegen ihre Feinde. Wir lassen nicht zu, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität oder Lebensweise ausgegrenzt werden. Wir verteidigen Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftliche Vielfalt.

Für uns ist klar: Mit rechtsextremen Kräften darf es keine Zusammenarbeit geben, keine Normalisierung ihrer Politik. Wir wollen ein breites demokratisches und antifaschistisches Bündnis, das der extremen Rechten entschieden entgegentritt.

Eine starke Brandmauer besteht nicht nur aus Abgrenzung. Sie braucht eine soziale Alternative. Wer den Rechtsruck zurückdrängen will, muss dafür sorgen, dass Menschen wieder erleben, dass Politik ihr Leben konkret besser machen kann.

Drei Länder – eine gemeinsame Kraft

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin kämpfen wir deshalb für dasselbe Ziel:

- für starke öffentliche Strukturen,
- soziale Sicherheit,
- demokratische Teilhabe,
- ein Leben in Würde für alle Menschen.

Wir stehen für eine Politik, die nicht den Profit Weniger, sondern die Interessen der Vielen in den Mittelpunkt stellt. Für eine Politik, die Wohnungen als Zuhause, Gesundheit als Menschenrecht und Bildung als öffentliche Aufgabe versteht. Für eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, statt ihn für politische Macht zu zerstören.

Wir wollen zeigen, dass es einen anderen Weg gibt. Einen Weg, auf dem soziale Gerechtigkeit und Demokratie zusammengehören. Einen Weg, auf dem der Osten nicht Objekt politischer Entscheidungen ist, sondern selbstbewusst über seine Zukunft entscheidet. Einen Weg, auf dem Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern gemeinsam für ihre Interessen kämpfen.

Im September 2026 entscheiden die Menschen in unseren drei Ländern darüber, in welche Richtung es geht. Wir treten an, um zu gewinnen – für soziale Gerechtigkeit und für eine Gesellschaft, in der Solidarität und Zusammenhalt stärker sind als Hass.

Die Linke ist bereit. Gemeinsam. Sozial. Antifaschistisch.